

Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 37 (1947)

Heft: 14

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUND SCHAU

Besorgnis erregend

-an- Die Neue Helvetische Gesellschaft hat einen Brief an den Bundesrat gerichtet, des Inhalts, die Eidgenossenschaft, die Kantone und Gemeinden, kurz, die öffentliche Hand möge ihre besorgnis erregende Bauerei gehörig reduzieren. Als Grundlage dieser Mahnung dienen die Vergleichsziffern für die Bauvorhaben von öffentlicher und privater Seite. Für das Jahr 1947 haben die Gemeinwesen für insgesamt 550 Millionen Franken, Industrie und Gewerbe aber nur für 350 Millionen Franken zu bauen im Sinn. Es liegt daher auf der Hand, dass der «Regulator» in der Hand der Öffentlichkeit liegt. Denn dort, wo man «Planung» beschliesst und befürwortet, wo man das Ganze zu überschauen Pflicht und Möglichkeit hat, sollte man in der Tat selber planvoll vorgehen und die — in den Augen vieler Bürger wenigstens — übersetzte Tätigkeit einschränken, indem man das Geld für andere Zeiten sparen würde. Auf diese Zeiten hinweist auch die NHG, auf das Ende der jetzigen Konjunktur, die schon an und für sich preistreibend wirkt und es durch vermehrte Bautätigkeit noch mehr tun muss. Fürwahr, die Mahnung der Weisen von der NHG hat ihren Sinn!

Im alten Bern betrieb der Staat einen eigenen Kornhandel. Und zwar verfolgte er damit den Zweck einer Kornpreisregelung. Stiegen die Preise infolge zurückbleibender Importe oder Missernte, dann öffnete der Staat sein «Kornhaus», machte dabei natürlich ein Geschäft, vermochte aber gleichzeitig eine gefährliche Preisflockerei zu verhindern. Fielen sie, dann kaufte er billig ein, füllte seine Speicher wieder und gab nichts ab. In den darauffolgenden Zeiten gänzlich entfesselter Wirtschaft gab es nichts dergleichen. Gar keine Einflussnahme des Staates auf irgendwelche Preisgestaltung. Doch diese Zeiten sind bekanntlich längst dahin. Die eidgenössischen Subventionen zur Hochhaltung der Preise gewisser, unter Auslandskonkurrenz schwer kämpfender Erzeugnisse sind Regel geworden, und jedermann weiß, dass die Bundeskasse als «Ausgleichskasse» zwischen dem Geldbeutel des Armes und dem des Lieferanten dient. Siehe Milch und Brot. Es ist sehr töricht, hier immer von «politischen Subventionen» zu reden, wo es doch darum geht, sowohl für den Bauernstand ein erträgliches Einkommen, wie auch für die Arbeiterschaft das von der Industrie geforderte «verbilligte Lebensniveau» zu sichern.

Warum nicht ganz bewusst die Ausgaben der öffentlichen Hand als eine Art Preisregulator dirigiert werden, das muss man sich eigentlich schon lange fragen. Und wird die Frage um so energischer stellen müssen, je mehr Prozente der Ausgaben — der «Nachfrage» — von seiten der Gemeinwesen kommen. Das geht nicht nur die Bauerei an, sondern den Gesamtetat des Bundes und der Kantone, der grossen und der kleinen Gemeinden. Immerhin, das Bauen nimmt gewissmassen eine Schlüsselstellung ein. Im



Am 12. März verliess die Spezialkommission der UNO Saloniki, um General Marcos, der Führer der Partisanen, an der griechischen Grenze zu treffen. Doch dieser erschien nicht am verabredeten Treffpunkt, und so kehrte die Kommission unverrichteter Dinge zurück. — Unser Bild zeigt Partisanen bei Schiessübungen.

Bild zeigt Partisanen bei Schiessübungen.

Zusammenhang damit wird man fragen, ob in den 550 Millionen der öffentlichen Hand allenfalls auch die Subventionssummen an die privaten und genossenschaftlichen Vorhaben für Wohnungsbau eingerechnet wurden, was dem Ganzen ein etwas anderes Gesicht gäbe.

Es stockt in Moskau

Der amerikanische Staatssekretär General Marshall soll sehr ungehalten sein über die Langsamkeit der Verhandlungen in Moskau, und er soll sogar gedroht haben, abzureisen, wenn weiterhin derart zähe ge marktet und «an Ort getreten» werde. Diese Nachricht kommt ein wenig unvermutet. Mr. Marshall hat in China wohl ebenso zähe und unversöhnliche Gegner miteinander markten sehen. Und er hat ganz gewiss einen Begriff von dem, was das Wort «Handel» im Orient bedeutet, und er weiß auch, dass Moskau starke orientale Traditionen besitzt, wenn es ums Verhandeln geht. Wir glauben darum nicht ohne weiteres an die Naivität solcher Drohungen. Vielmehr nehmen wir an, der Außenminister der USA verfolge, wenn er wirklich das sagte, was ihm in den Mund gelegt wurde, einen wohlerwogenen Zweck. Sollte er eines Tages abreisen, dann würde dies etwa der Geste eines Händlers gleichen, der seinen Partner mit einem scheinbar zornigen Schimpfwort stehen lässt und sich in die nächste Wirtschaft begibt.

Nach einer halben Stunde kommt er wieder und fragt, ob die Bedingungen immer noch die alten seien. Er wird übrigens durchs Fenster genau beobachten, ob sein Partner nicht unterdessen einen andern Käufer, einen gefährlichen Käufer vielleicht, an die Hand bekomme. Für diesen Fall würde die Rückkehr des Schimpfenden vor einer Halbstunde erfolgen. Der Vergleich mit einem solchen Händler ist erlaubt, und zwar gerade wegen der «orientalischen Verhandlungsweise» der Russen. Blaffen sie mit ihren anscheinend unnachgiebigen Forderungen, sind Gegenbluffs am Platze. Marshalls Vorgänger Byrnes, der englische Außenminister Bevin und sein französischer Kollege Bidault unterhandelten wohl so sehr im «westlichen Geiste», dass sie immer wieder entmutigt wurden von Molotows Starrheit, um dann jedesmal zu staunen, wenn der Russe fast plötzlich und unerwartet nachgab.

Eine Uebersicht über das, was bisher erreicht wurde, lässt sich heute noch schwer geben, ebenso wenig über das, was nicht erreicht werden konnte. Vorläufig hat das bestellte «Koordinierungskomitee» seinen Bericht abgegeben, und die «Vier» haben Be schluss gefasst über jene Punkte des Berichtes, welche sie selber zu diskutieren gedenken und jene, welche einem Expertenkomitee zu unterbreiten seien. Diesem Komitee werden Fristen gesetzt, damit ihre neuen Berichte zur Zeit einlaufen und nicht ver

schleppt werden. Endlich wird fixiert, welcher der Punkte, den die Vier schon als für sie diskussionsreif ansehen, zuerst besprochen werden sollte.

Das scheint ausserordentlich langfädige Entwicklungen einzuleiten. Von einem *Friedensvertrag für Deutschland* ist nicht mehr die Rede, wohl aber von der «*Vorbereitung der deutschen Friedenskonferenz*». Einer Konferenz, deren Ergebnisse aber durch die langen vorausgehenden Besprechungen gesichert werden sollen. Für die gespannte Welt bedeutet diese Reduktion der «Hoffnungen auf Moskau» eine Enttäuschung. Eine schwerere als für die Deutschen selbst, die nur auf eine Erleichterung ihrer immer noch sehr schlimmen Ernährungslage hoffen und in ihrer grossen Masse kaum die Augen zu heben wagen in der Richtung auf ihre ungewisse politische und wirtschaftliche Zukunft.

Das Hauptproblem sind die Reparationen,

von welchen aus alles bestimmt werden soll. Ist irgendwo in einer Vollsitzung oder im Expertenkomitee oder im Koordinationskomitee von der *künftigen Wirtschaftsgestaltung Deutschlands* die Rede, dann muss man zwischen den Zeilen lesen, wieviel Russland oder die andern aus dieser Regelung für sich herauszuschlagen hoffen. Geht es um *politische Fragen*, wie etwa die *künftige Verwaltung der Ruhr*, dann ist eigentlich die Rede von den wirtschaftlichen Verfügungsrechten über das besprochene Gebiet. *Demilitarisierungsfragen*, soweit sie wirtschaftlich sind und soweit sie die Organisierung einer allfälligen «Armee» betreffen, laufen ebenfalls darauf hinaus, die dabei eingesparten *deutschen Realleistungen in Sachwerte für die kriegsentschädigungshungrigen Länder umzuwandeln*. Die *Entnazifizierungsfragen* münden schliesslich in *politische Einflussfragen*, und mit Hilfe des zu erlangenden Einflusses wird man wiederum die Erzeugnisse der deutschen Leistung in die Hände zu bekommen trachten. Darum, und nur darum sind die Verhandlungen so ausserordentlich zähe.

Wenn ein englischer Vorschlag verlangt, die vier Besetzungsmächte sollten künftig die Kosten, welche durch die Besetzung entstehen, gemeinsam tragen, dann heisst das, dass England versucht, die für seine Steuerzahler untragbaren Lasten zum Teil auf die amerikanische, vor allem aber auf die russischen Schultern abzuwälzen. Wenn ein anderes englisches Begehr die *Heimschaffung der sämtlichen deutschen Kriegsgefangenen bis 1948 fordert*, dann heisst dies, dass London die Deutschen endlich wieder voll arbeitsfähig sehn will, also fähig, soviel zu exportieren, dass es sich seine fehlenden Nahrungsmittel selber verdienen kann. Und wenn aus den USA Zweifel ausgesprochen werden über den *Verbleib einer ganzen Million Deutscher*, deren Vorhandensein Molotow überhaupt nicht erwähne, dann heisst dies, dass Amerika Moskau vorwerfen will, es beute die Arbeitskraft dieses *eine Million starken Sklavenheeres* aus und verschaffe sich auf diese Weise einen Reparationswert, der bisher nirgendwo verbucht worden sei.

Wohl die interessanteste Nachricht aus dem ganzen Knäuel von Meldungen war jene, welche behauptete, die USA wollten auch die *Internationalisierung Oberschlesiens* verlan-

gen und den Russen nur dann die Mitverwaltung der Ruhr zugestehen, wenn sie in Oberschlesien Gegenrecht halten würden. Nach russischer Ansicht gehört Oberschlesien den Polen, nach angelsächsischer Ansicht, welche sich auf interalliierte Beschlüsse stützt, ist das Land *Polen nur zur Verwaltung übergeben* worden, bis die «deutsche Friedenskonferenz» endgültig über die Zugehörigkeit des ganzen «polnisch verwalteten Ostgebietes» entschieden hat. In der amerikanischen Forderung — oder dem Angebot, wenn man will — können wir den ersten ernsthaften Vorstoss des Westens gegen die neue polnische Westgrenze erblicken. Das erste Signal zu einer neuen «Teilung Polens», mit dem Zwecke, die dortigen Rechtsparteien später zu mobilisieren, damit sie im Lande Stimmung für massive Entschädigungsfragen gegenüber Moskau machen möchten.

Die Stimmungsmache

und die Aufputschung der öffentlichen Meinung gegenüber den Russen beschränkt sich nicht auf diesen einen Schritt. Der Hinweis auf die von Molotow verschwiegene Million deutscher Gefangener liegt in gleicher Linie. Die aussenpolitischen Aktivisten der USA sind sehr lebendig, und man muss nur fragen, ob diese Aktivität ins Konzept von Truman-Marshall gehört. Da sagt der ehemalige Gesandte in Bulgarien, Mr. Early, wenn die Russen Anno 1945 die Atombombe besessen hätten, würden sie auf keinen Fall Halt gemacht, sondern den ganzen Westen Europas besetzt haben. Mit andern Worten: Sie würden nicht davor zurückgeschreckt sein, die in Frankreich gelandeten alliierten Heere aus dem Kontinent hinauszuwerfen. Wie eine Konsequenz dieser Ueberzeugung eröffnet die Mahnung von Mr. John Hancock, Mitglied der UNO-Atom-Kommission, die USA sollten so viele Atombomben wie nur möglich erzeugen. Er würde nicht dagegen sein, wenn diese Bomben «zur Verhinderung eines Angriffs» verwendet würden — oder «zu einer Bestrafung».

Wie eine Warnung, Amerika solle sich beeilen und seine Macht bis zur Unangreifbarkeit steigern, mutet die unkontrollierbare Mär von einem aus Russland entkommenen deutschen Atomphysiker, der erklärt haben soll, in längstens vier Jahren werde auch die russische Armee im Besitz der Atombombe sein. Drei «Atombomben-Nachrichten», wie ein von den Russen gedungener Advokat, der die Kriegshetze in den USA beweisen soll, sie nicht besser wünschen oder erfinden könnte!

Aus welcher Quelle eigentlich die Muttermassung stammt, die Kommunisten und hinter ihnen die Russen wären die Drahtzieher der Hungerdemonstrationen in Düsseldorf, kann man nicht feststellen. Vermutlich braucht es keine Russen, um die Leute in sämtlichen vier Zonen auf die Beine zu bringen. Eine andere merkwürdige Geschichte, die jedoch eher auf russische Erfindung zurückgehen könnte, will von der *Verwendung angeworbener Deutscher durch die Franzosen gegen die Vietnamesen* wissen. Es wird sich dabei wohl nur um Fremdenlegionäre handeln, die den Freischaren vor Hanoi in die Hände fielen. Im Stil russischer Tendenzauffassung verändert sich jedoch ein deutscher Fremdenlegionär sehr leicht in einen «deutschen Fasisten», der in den

Dienst des westlichen Kapitalismus getreten.

Selbstverständlich ruft auch der Kampf Mr. Trumans gegen die USA-Kommunisten immer neuen Gerüchten. Die weitesten Kreise drüber sind überzeugt, dass die extreme Linke selbstverständlich im Dienste der Russen stehe, spioniere und die Rolle einer künftigen «Fünften Kolonne» studiere. Man ist sich nur nicht im klaren, was gefährlicher sei, eine kontrollierbare Partei oder eine unterirdische, illegale Organisation. Man wird sich nicht wundern dürfen, wenn der von Mr. Lewis proklamierte Proteststreik der 400 000 Braunkohlenarbeiter zu Ehren der Schlagwetteropfer in den Gruben von Centralia in Zusammenhang mit fremden Einwirkungen gebracht wird. Zwar ist Lewis Anhänger der republikanischen Partei und im übrigen «nur Gewerkschafter», aber er war es doch, der die aktivistische Aussenpolitik Trumans sofort beargwöhnte und der Arbeiterschaft die Frage nahelegte, ob damit nicht am Ende innenpolitische Drohungen gegen die Gewerkschaften verbunden sein könnten.

Die Schuld der Russen

an ihrer Beargwöhnung in den USA entspringt ihrem abgrundtiefen Misstrauen gegen die andern. Vor einigen Wochen haben sie das *Losbrechen der neuen nationalistischen Offensive in China* feststellen müssen. Sie sind überzeugt, dass General Marshall während seiner Amtstätigkeit in China vor allem für die Stärkung der Armeen Tschiangs tätig war und die Friedensvermittlung zwischen ihm und der Linken nur pro forma führte. Dass er zuletzt beide Parteien abkanzelte, wäre nur Tarnung gewesen. Daraus ergibt sich, wie sie seine Rolle an der heutigen Moskauer Konferenz beurteilen müssen. Vor ungefähr einer Woche wurde nun der *ziemlich unerwartete Fall der roten Hauptstadt Yenan* in der chinesischen Nordprovinz Schen-Si gemeldet. Gleich darauf vernahm man, dass Moskau China den Hafen Dai-ren zur alleinigen Benutzung abgetreten hätte, dass es aber die dorthin geflüchteten 150 000 chinesischen Kommunisten auf russischen Boden überführen würde. Das *Faktum einer roten Niederlage in China* scheint da zu sein, damit aber auch das Vorrücken der in russischen Augen «konterrevolutionären und fascistischen» Armeen an die mongolischen und ost-sibirischen Grenzen. Und das hätte «mit seinem Singen General Marshall getan».

Amerikas Flotte demonstriert momentan in griechischen Häfen. Amerikanische Panzerschiffe sollen auch im Norden Europas gastieren und demonstrieren. In Polen wird der *Verteidigungsminister ermordet*, ein Mann der Linken und der Russen. England lässt die ehemaligen deutschen Wirtschaftsmagnaten sich zum Teil in Sanatorien erholen, zum Teil bleiben sie auf wichtigen Posten. Für Moskau alles Symptome einer «Zusammenarbeit aller Fasisten» gegen Russland und die Demokratie.

Warum Rusland aber durch hartnäckiges Festhalten an ihren Ansprüchen auf die angeblich ehemals *deutschen Anteile an den Zistersdorfer Oelvorkommen* den *Vertrag für Oesterreich* weiterhin entscheidend verzögert, und warum es dadurch gegen sich selbst arbeitet, das scheint man in Moskau nicht zu begreifen. Dies und noch viel anderes nicht.